

China, BRICS und die Weltwirtschaft

Die Wirtschaft der Volksrepublik China hat ihre Basis in der Produktion für den Markt und in der Akkumulation von Kapital. Die Kommunistische Partei setzt der Wirtschaft Ziele und gibt ihr einen ordnungspolitischen Rahmen, in dem die Unternehmen agieren können. Diese Politik versucht nicht, den Kapitalismus abzuschaffen, sondern ihn zur Entwicklung des Landes zu nutzen, auch um den Preis wachsender sozialer Ungleichheit.

Seit den 1980er Jahren wurde in China gleichzeitig mit der Einführung der Marktwirtschaft zunehmend für den Export produziert. Dies wurde möglich, weil wichtige Unternehmen in den USA und anderen westlichen Ländern zur Erzielung ausreichender Profite nach neuen Produktionsstandorten suchten. Das beschreibt Jenny Simon in dem Artikel „Am Rande des Imperiums“ in der Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“. Jenny Simon ist Doktorandin an der Uni Kassel.

„Zum einen begegnete man im Kontext der wirtschaftlichen Reorganisation seit den 1970er Jahren der Profitabilitätskrise in den Zentrumsökonomien mit einer Verlagerung von Wertschöpfung nach China und in andere (semi-)periphere Ökonomien. Während dies in den Zentren zur Deindustrialisierung und zum Import günstiger Konsumgüter aus den neuen Produktionsstandorten führte, trugen der Zufluss von Kapital und die Ansiedlung von Produktionskapazitäten in Kombination mit den marktwirtschaftlichen Reformprozessen in China maßgeblich zur Entstehung einer auf Export ausgerichteten Industrialisierungs- und Wachstumsstrategie bei. Die zunehmend internationalisierten Finanzbeziehungen bildeten das zweite Bindeglied: Deren Liberalisierung ermöglichte die Investition der in der Exportproduktion erwirtschafteten Devisenreserven in amerikanische Staatsanleihen. Dieser Kapitalexport in die USA trug wesentlich zur Ausweitung der Finanzwirtschaft in den USA bei und finanziert indirekt den Import chinesischer Produkte“.

Nach Jenny Simon ergab sich durch die Kooperation zweier verschieden strukturierter Volkswirtschaften ein beiderseitiger Nutzen. „Diese Ordnungsstrukturen standen, bei ungleichen Machtverhältnissen, zunächst nicht in Konkurrenz zueinander, sondern ermöglichten sich in gewisser Weise gegenseitig.“

Chinas Regierung gelang es, trotz der starken Exportorientierung die wirtschaftliche Entwicklung zur Stärkung der Infrastruktur und zur Modernisierung der eigenen Industrie zu nutzen, die zunehmend für den Binnenmarkt produzierte. Jenny Simon schreibt: „Wertschöpfung erfolgt auf Basis eines Niedriglohnmodells im Rahmen heterogener Unternehmensformen, die überwiegend durch nationales Kapital dominiert werden, um eine Kontrolle ökonomischer Schlüsselbereiche durch ausländisches Kapital zu vermeiden“. Gleichzeitig mit dem Wachsen der Handelsbeziehungen zu ausländischen Unternehmen wird die „starke Regulierung und Abschirmung von Schlüsselsektoren des Binnenmarkts und des Finanzsystems“ weiter ausgebaut. Dadurch wird auch die Hegemonie der Kommunistischen Partei

innerhalb der Gesellschaft gestärkt. „Ökonomische Stabilität und makroökonomische Erfolge stellen zusammen mit der Kontrolle zentraler Wirtschaftsbereiche ein wesentliches Moment des Machterhalts der politischen Eliten in den Partei- und Staatsapparaten dar.“ Diese Eliten sind eng mit den großen nationalen Unternehmen verbunden, die Volkswirtschaft wird also durch autoritär geführte Netzwerke aus Staat und Unternehmen gelenkt.

Die Wirtschaftspolitik der Kommunistischen Partei Chinas ist sicherlich auch durch ein Ereignis beeinflusst worden, das in dem Text von Jenny Simon nicht vorkommt, nämlich die Asienkrise im Jahr 1997. In den 1990er Jahren wurde in mehreren asiatischen Staaten – nicht in China – der Finanzsektor liberalisiert, also staatliche Regelungen und Kontrollen wurden gelockert oder abgeschafft. Dadurch wurde es den Banken möglich, sich beliebig viele US-Dollars oder japanische Yen zu beschaffen, um im Inland viele und hohe Kredite in einheimischer Währung auszugeben. Diese Kredite wurde in immer größerem Maße zum Kauf von Aktien und Immobilien eingesetzt. Dadurch stiegen die Preise von Aktien und Immobilien übermäßig stark. Die höhere Bewertung von Aktien und Immobilien benutzten die Banken wiederum dazu, diese als Sicherheiten zu nehmen und auf dieser Grundlage weitere Kredite auszugeben.

Als dann der Kurs des Dollars anstieg, platzte 1997 die Finanzblase. Denn die Banken in Thailand, Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur und Südkorea hatten kurzfristige Kredite in Dollars aufgenommen und langfristige Kredite in inländischer Währung vergeben. Durch die Rückzahlung ihrer Dollar-Schulden verringerte sich nun ihr Eigenkapital und es kam zu Insolvenzen. Die Krise im Finanzbereich griff auch auf die Realwirtschaft über. Entlassungen und Firmenpleiten senkten die Einkommen, die Anzahl der Arbeitslosen und Armen nahm zu. Als die betroffenen Staaten (außer Malaysia und Singapur) Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) bekamen, wurden sie zu Einsparungen in den Staatshaushalten verpflichtet, besonders bei den Sozialausgaben. Dadurch wurden weite Teile der Bevölkerung noch ärmer. Die Asienkrise von 1997 ist also ein deutliches Beispiel für die Gefahren, die eine Liberalisierung der Finanzmärkte und eine unzureichende Kontrolle durch den Staat hervorrufen kann.

Chinas Staatskapitalismus hat die Weltwirtschaftskrise 2008/2009 besser überstanden als die westlich orientierten Volkswirtschaften, die in hohem Maße von den Investitionsentscheidungen unabhängiger Finanzmarktakteure beeinflusst werden. Nach der Krise haben chinesische Unternehmen mehr als vorher im Ausland investiert. In diesem Sinne intensiviert auch die chinesische Regierung ihre Zusammenarbeit mit anderen Staaten der Peripherie oder Semiperipherie. Es wird „zum einen um die Akzeptanz staatskapitalistischer Ordnungsprinzipien in den bestehenden internationalen Organisationen (Welthandelsorganisation/WTO, Internationaler Währungsfonds/IWF usw.) gerungen. Zum anderen wird eine Strategie der Institutionalisierung der Kooperation zwischen den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) und allgemein die Etablierung neuer

internationaler Institutionen, etwa der New Development Bank oder der Asian Infrastructure Investment Bank, verfolgt. Diese werden parallel zu den bestehenden Institutionen aufgebaut und genutzt, um Prinzipien einer staatskapitalistischen Entwicklungsweise auf internationaler Ebene zu verankern” (Simon).

Die BRICS-Staaten kamen 2009 zu ihrer ersten Konferenz zusammen, damals ohne Südafrika, das erst seit 2011 dazugehört. In den BRICS-Ländern leben 42 % der Weltbevölkerung, ihr Bruttoinlandsprodukt (BIP) beträgt zusammen 23 % des Welt-BIP; wenn man die Kaufkraft berücksichtigt, sind es sogar 32 %. Zum Vergleich: die G7-Staaten (USA, Kanada, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien und Japan) schaffen 33 % des Welt-BIP bei nur 11 % der Weltbevölkerung (nach Wikipedia, Stand 2016).

Zwischen den Gesellschaften der BRICS-Staaten gibt es beträchtliche Unterschiede. China, Indien und Russland sind gekennzeichnet durch einen autoritären Staatskapitalismus. Südafrika kann zwar nicht so charakterisiert werden, bemüht sich aber, nach dem Ende der weißen Minderheitsherrschaft einen eigenen, von den Staaten des Westens unabhängigen Entwicklungsweg einzuschlagen. Brasilien hat zwar in Wirtschaft und Finanzwesen umfangreiche Beziehungen zu Unternehmen im Westen, seine Eliten streben jedoch nach mehr Eigenständigkeit gegenüber den USA und nach einer hegemonialen Stellung in Südamerika. Das gemeinsame Interesse der BRICS-Staaten besteht in einer wirtschaftlichen Entwicklung unabhängig von den USA und den anderen G7-Staaten und auch von den Manövern international agierender privater Geldanleger.

Zu den gemeinsamen Institutionen der BRICS-Staaten gehört die New Development Bank. Sie dient der Finanzierung von Projekten in diesen fünf Ländern. Eine weitere wichtige Gründung der BRICS-Staaten ist die Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB). Sie dient Entwicklungsprojekten in ganz Asien und hat wesentlich mehr Mitglieder als die BRICS-Staaten. Auch Deutschland und andere europäische Länder gehören dazu, aber nicht die USA und Japan.

Auch außerhalb der BRICS-Institutionen spielt China eine wichtige Rolle als internationaler Kreditgeber. Jenny Simon schreibt dazu: „Die internationale Kreditvergabe durch (halb-)staatliche chinesische Institutionen in der (Semi-)Peripherie übertrifft mittlerweile das Niveau von IWF- und Weltbank-Krediten. China bietet einen alternativen Zugang zu Liquidität für in Zahlungsschwierigkeiten geratene Regierungen, was potentiell den Einfluss des IWF und dessen Politik der Strukturanpassung marktliberaler Prinzipien deutlich einschränkt.“ Damit reduziert China indirekt auch den Einfluss der USA, den diese mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds ausübt.

Auch in der Währungspolitik arbeiten China und die anderen BRICS-Staaten gegen die Dominanz der USA. „Dabei wird der zentralen Rolle des US-Dollars das Konzept eines multipolaren Währungssystems gegenübergestellt. Die explizite Kritik der

BRICS-Staaten am dollarbasierten Finanzsystem, Maßnahmen zur Internationalisierung des chinesischen Renminbi oder der Handel zwischen Schwellenländern in Eigenwährung sind Ausdruck dieser Strategie. Zudem wird eine von einzelnen Nationalstaaten internationale Reservewährung angestrebt.” (Simon)

Geldmacht China

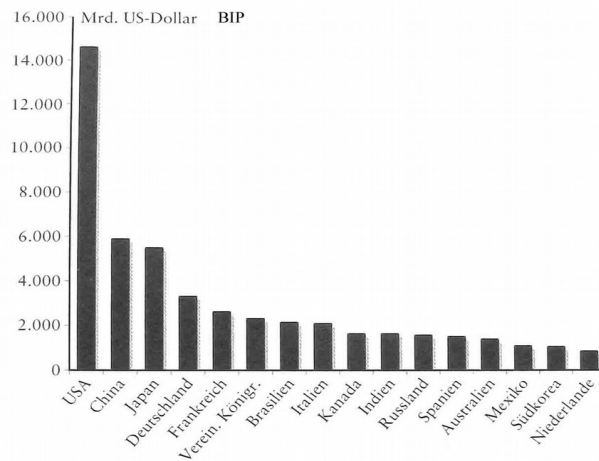
Mit diesen Bestrebungen zur Etablierung einer alternativen Weltwährungsordnung beschäftigt sich auch der Wirtschaftsjournalist Frank Sieren in seinem Buch „Geldmacht China”.

Die chinesische Währung wird offiziell Renminbi genannt, meistens aber gebraucht man den Namen der Währungseinheit Yuan. Wenn der chinesische Yuan zu einer Weltwährung neben Dollar, Euro und Yen werden würde, würden internationale Preise, z. B. der Ölpreis, auch in Yuan festgelegt werden. Das würde den chinesischen Unternehmen den Handel erleichtern. Schon jetzt wird der Außenhandel Chinas mit Ländern außerhalb der USA zunehmend in Yuan und nicht in US-Dollar abgewickelt. Dadurch werden sowohl Kosten verringert als auch das Risiko einer Verschlechterung des Dollar-Kurses in dem jeweiligen Land vermieden. Geschäfte zwischen chinesischen und amerikanischen Unternehmen laufen auf der Grundlage eines festen Wechselkurses zwischen Yuan und Dollar ab. Diesen Kurs legen die chinesische Regierung und die Staatsbank fest. Von Seiten der USA wurde oft kritisiert, der Yuan sei zu niedrig bewertet, so dass chinesische Waren einen ungerechtfertigten Konkurrenzvorteil auf dem Weltmarkt hätten. Aber weder die US-Regierung noch US-Unternehmen können China zu einer Aufwertung des Yuan zwingen.

China ist seit 2007 der größte Gläubiger der USA und hat einen großen Teil ihrer Guthaben in US-Staatsanleihen angelegt, schreibt Frank Sieren (S. 38). Wenn die US-Regierung einen Handelskrieg gegen China beginnen würden, könnte sie nur verlieren. China könnte einen Großteil seiner Dollarreserven auf den internationalen Markt werfen, dann würde der Wert des Dollars wegen des Überangebots ins Bodenlose abstürzen. Chinas Devisenreserven würden zwar auch an Wert verlieren, aber der Schaden für die US-Volkswirtschaft wäre katastrophal (S. 119). Chinas Wirtschaftspolitik ist also gegen Druck von außen gut abgesichert.

Potenziale der BRIC-Länder

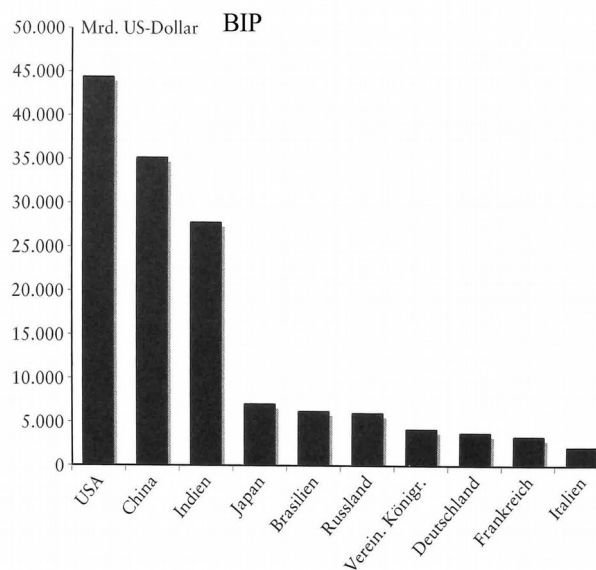
Das Kürzel „BRIC” für Brasilien, Russland, Indien und China wurde zum ersten Mal 2001 von Jim O’Neill, einem Banker bei Goldman Sachs in einer Studie über die Weltwirtschaft verwendet. 2003 veröffentlichten Kollegen von ihm eine Prognose über die Entwicklung des Brutto-Inlandsprodukts (BIP) wichtiger Volkswirtschaften. Gemäß dieser Prognose werden 2050 die BRIC-Länder in der Rangliste der stärksten Volkswirtschaften vier von den ersten sechs Plätzen einnehmen. Das ist eine enorme Veränderung im Vergleich zum Stand von 2010. (O’Neill S.47)



Die größten Volkswirtschaften 2010

Quelle: Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook 2010

Südafrika sei zwar derzeit die größte Volkswirtschaft Afrikas, schreibt O'Neill in seinem Buch von 2012, aber seine Wirtschaftsleistung betrage nur etwa 0,5 % des weltweiten BIP. Das sei nur etwa halb so viel wie das BIP von Indonesien oder der Türkei (S. 112).



(O'Neill S. 48)

Die größten Volkswirtschaften 2050 (Prognosen von 2003)

Quelle: Dominic Wilson und Roopa Purushothaman, »Dreaming with BRICs: The Path to 2050«, Goldman Sachs Global Economics Paper Nr. 99, Oktober 2003

Wenn diese Prognosen zum BIP in etwa stimmen, wird die Weltwirtschaft in Zukunft immer stärker von den BRIC-Ländern beeinflusst werden. Allerdings ist es sehr einseitig, nur das BIP als maßgeblich für die Zukunft eines Landes anzusehen. Brasilien z. B. befindet sich zur Zeit in einer politischen Krise, die auch Auswirkungen auf die Wirtschaft haben könnte. Auch das Problem einer zunehmenden Ungleichheit kann sich negativ auf die soziale Stabilität einer

Gesellschaft und damit indirekt auch auf seine zukünftige Wirtschaftsleistung auswirken.

Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit

Weltwirtschaft und Weltpolitik beeinflussen sich gegenseitig. Daher soll auch die Rolle Chinas in der Weltpolitik angesprochen werden. China ist mit Russland und Indien nicht nur wirtschaftlich durch die BRICS-Institutionen verbunden, sondern auch politisch durch die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), auf Englisch „Shanghai Cooperation Organisation (SCO)“. Ihr gehören China, Russland, Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan an und seit Juni 2017 auch Indien und Pakistan. Ziele der Organisation sind die Beilegung von Konflikten und die Förderung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit. Das schließt auch den Bereich von Frieden und Sicherheit ein. In den Jahren 2005, 2007 und 2009 fanden gemeinsame Militärmanöver statt, an denen hauptsächlich chinesische und russische Streitkräfte teilnahmen. Durch die SOZ ist ein Gegengewicht zum US-amerikanischen Einfluss in Asien und im Pazifik geschaffen worden.

USA versus China

Die politische Führung der USA betrachtet das Verhältnis zu China aus einer anderen Perspektive. Darüber schreibt Jan Turowski in seinem Aufsatz „USA vs. China“ in der Online-Zeitschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

„In der Asien-Pazifik-Region besitzen die USA seit 70 Jahren eine unangefochtene Dominanzposition und betrachten diese ebenso wie ihre nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Verteidigungsallianzen mit Japan, Südkorea und Australien als unverzichtbar für ihre Vorherrschaft in der Region und in der Welt. Die US-Dominanz bedeutet konkret, dass die USA ihre maritime Macht bis zur 12-Seemeilen-Grenze jeder Nation, einschließlich der Chinas, im Asien-Pazifik-Raum uneingeschränkt ausüben können. China hat diese Situation jedoch nie akzeptiert. Die chinesische Regierung ist überzeugt, dass es in der Region eine Machtbalance geben müsse, die einerseits auch den chinesischen Sicherheitsbedürfnissen Rechnung trage und andererseits die ökonomische Entwicklung Chinas und der Region insgesamt befördere.“ (S. 25)

Und weiter: „Hatte die chinesische Regierung sich in der Vergangenheit außenpolitisch zurückgehalten, so ist sie nun immer weniger gewillt, die US-amerikanische Vorherrschaft in der Asien-Pazifik-Region zu akzeptieren. Sie fordert immer massiver, die von den USA angeführte regionale und globale Ordnung grundlegend zu transformieren, weil sie überzeugt ist, dass diese US-Dominanz langfristig keine Sicherheit für China und die Region garantiert.“ (S. 26)

Die globale Hegemonie der USA, die noch zu Beginn der 1990er Jahre als gesichert angesehen wurde, ist zunehmend labiler und fragwürdiger geworden. Anscheinend befinden wir uns in einer Entwicklung hin zu einer multipolaren Weltordnung, in der China und die anderen BRICS-Staaten eine immer größere Rolle spielen werden.

Literatur:

Jenny Simon, Am Rande des Imperiums. Chinas Staatskapitalismus zwischen Rivalität und Interdependenz, in Wissenschaft & Frieden 2016-4: Weltordnungskonzepte, Seite 23-25. www.wissenschaft-und-frieden.de

Frank Sieren, Geldmacht China. Wie der Aufstieg des Yuan Euro und Dollar schwächt, Carl Hanser Verlag München 2013.

Jim O'Neill, Die Märkte von morgen. Das Potenzial der BRICs und anderer Wachstumsregionen, FinanzBuch Verlag München 2012.

Jan Turowski, USA vs. China: internationale Politik als Nullsummenspiel? in: Weltordnungskonflikte, Datei: Lux-Spezial_Weltordnungskonflikte_E-Paper.pdf, <http://www.rosalux.de/publikation/id/38287/weltordnungskonflikte/>, vom Dezember 2017.